

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabends. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Mai 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 60

Der Pfingstfeierlage wegen erscheint Nr. 63 erst am 4. Juni. Die für die Zeit vom 31. Mai bis 3. Juni bestimmten Bekannmachungen usw. müssen bis Donnerstag, 28. Mai früh, vorliegen.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Politische Gewerkschaften?
Volkswirtschaft: Nahrungsmittelaufwand, Mietpreise und Lohndöhne.
Korrespondenzen: Darmstadt. — Oberwalde. — Gfen. — Geseberg. — Aiel. — Streßel (M., M.). — Leipzig (Schr.). — Lübeck. — München. — Rendsburg. — Strahburg. — Strahburg (M., S.). — Stuttgart.
Rundschau: Ferien I — Zuschüsse zum Besuche der graphischen Weltausstellung. — Messerprüfungen. — Ludwig Schröder +. — Die „unpolitischen“ christlichen Gewerkschaften. — Gewerkschaftsstatistik der Unternehmer. — Unternehmerterrorismus. — Von den Tarifverträgen im Bergewerbe. — Umfang der Betriebsunfälle in den Vereinigten Staaten. — Arbeiterernährung und Leuerung. — Der Arbeitsmarkt im April 1914.

Politische Gewerkschaften? □ □

Ich bejworte also, daß Parteipolitik und religiöse Erörterungen den Gewerkschaften ferngehalten werden; aber ich bejworte, daß sie um so mehr und um so eifriger Arbeitertätigkeit, A. Bebel.

Angelsichts der Versuche, besonders der preußischen Regierung, und ihrer treuen Helfer und Bundesgenossen, die freien Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stampfen, um ihnen in ihrer Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete Zügel anzulegen, muß es für uns Gewerkschafter von Nutzen sein, klar zu erkennen, welche Gefahren diese Ministerarbeit in sich birgt, und wie wir uns der tatsächlichen Kampfmittel bedienen, die uns zur Verfügung stehen.

In neuester Zeit erleben wir wieder einmal einen Sturmhauf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterchaft seitens der Junker, der Großindustriellen und der mit ihnen verbündeten Regierung. Als Ausfluß der Verhandlungen im preußischen Landtag ist es wohl anzunehmen, daß der Berliner Polizeipräsident eine frisch-irdbliche Altkade gegen die freien Gewerkschaften rettet. Etwas muß bei ihm immer los sein; nachdem die Neugierigen gewarnt worden sind, wird etwas andres in Angriff genommen. Da werden also die freien Gewerkschaften für politisch erklärt, und schon haben einige Berliner Zentralvorstände und Ortsvereine die Aufforderung von ihm erhalten, ihre Satzungen und das Vorstandsmittgliederverzeichnis bei der Behörde einzureichen, andernfalls sie eine Geldstrafe von 150 Mk. oder im Unvermögensfalle Haftstrafe von zwei Wochen zu gewärtigen hätten. Aber wenn ein Jagow liebt, soll da ein Dalkwitz hassen? Kraft seines Amtes als stärkster Mann im Preußenlande leiste er sich auf die Hosen und beglückte die Welt — soll heißen Preußen — mit einem Erlass über die praktische Handhabung des Arbeitswilligengesetzes bei Ausständen, der am 1. Juli 1914 in Kraft treten soll. Woburch er sich ohne Zweifel erheblich beliebt bei den Tschjeln, Stinnes & Co. machte, was aber auch seinen Ruhm an höherer Stelle erhöhen mußte und wahrscheinlich nicht ohne Einfluß bei seinem Sinauffall auf den elbisch-lithringischen Statthalterposten gewesen ist. Und drittens: Sein Geist lebt auch nach seinem Scheiden im Ministerium für Rückstand und im preußischen Volke fort, wenn auch nicht in gerade angenehmer Erinnerung. Doch dies sind nur zwei typische Fälle, herausgegriffen aus der Menge der Beweise, daß die preussische Regierung bestrebt ist, den freien Gewerkschaften ihre Selbstständigkeit zu rauben und sie unter politische Vormundschaft zu bringen.

Unter solchen Umständen ist es ein Gebot der Selbsterhaltung für die Gewerkschaften, wenn sie sich heute schon die Wege vorzeichnen, die sie zu gehen haben, unberrt, ob von Regierung oder Scharfmacherseite ihnen Sündenrisse bereit werden. Wenn behauptet wird, die Gewerkschaften treiben Politik, so kann das in bestimmtem Maße wohl zugegeben werden. Es ist aber eine reinliche Scheidung zu machen zwischen Parteipolitik und Arbeiterpolitik; der Politik, die die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen zu treiben haben. Die Gewerkschaften müssen, wollen sie ihren eigentlichen Zweck verfolgen, nicht nur der Arbeiterchaft momentane wirtschaftliche Besserstellung durch Abschluß von günstigen Tarifverträgen zu erlangen suchen. Sie müssen auch ein wachsameres Auge auf

die ganze soziale und wirtschaftspolitische Gehegung haben und nötigenfalls mit aller Macht dafür eintreten, daß diese eine für die arbeitende Klasse günstige Fassung erhält. Denn nur so ist es möglich, errungene Positionen halten zu können, eine schwer erkämpfte wirtschaftliche Besserstellung gegen Scharfmacherische und schützöllnerische Anschläge, die sie wieder illusorisch machen würden, zu vertheidigen und zu erhalten.

Das „politische“ Betätigungsfeld der Gewerkschaften ist gar nicht klein. Vor allem ist es die Arbeiterschutzegehung, der die Gewerkschaften ein besonderes Maß von Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Bebel schreibt darüber:

Die Gewerkschaften sind an der Ausgestaltung dieser Gehegung (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung) im höchsten Grad interessiert. . . . Dasselbe gilt für sie von dem Vereins- und Versammlungsgesetz, dem Koalitionsrecht (Zuchttausvorsätzen usw. usw.) . . . der Bergehegung, Handels- und Zollgehegung . . . Politik zu treiben im Rahmen dieser ihrer Aufgaben ist also Pflicht der Gewerkschaften!

Wenn ein so hervorragender Politiker wie August Bebel den Gewerkschaften rät, sich nicht der Parteipolitik zuzuwenden, sondern im Rahmen ihrer eigentlichen Tätigkeit, der Besserung und Sicherung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft, zu bleiben. So wäre es unerantwortlich gehandelt, wenn sich die Gewerkschaften auf das gefährliche Gebiet der Parteipolitik wagen würden. Das sollen sich die lechzlertigen Schreier einmal zu Gemüte führen. Den Nutzen davon hätten die Gewerkschaften sicher nicht, wohl aber die Scharfmacher und ihre Schutztruppen. Und der Regierung wäre dann eine gefehliche Handhabe geboten, zu bekämpfen, was sie jetzt nur unter sehr gewagten Gründen und Mitteln bekämpfen kann, allerdings nur mit dem Erfolge, daß die Gewerkschaften nach innen und außen immer mehr gesplittert werden und eine stetige Sunahme der Mitglieder zu verzeichnen haben.

Ich zitiere nochmals Bebel:

Wer also den Gewerkschaften rät, sich der Politik zu enthalten, schädigt sie aufs schwerste, denn es ist ganz unmöglich, daß sie nur auf dem Boden der reinen Gewerkschaftsarbeit erreichen können, was sie erreichen wollen und erreichen müssen! . . . Keine Parteipolitik, sondern Arbeitertätigkeit!

Wenn die Gewerkschaften also sich und ihrer Aufgabe treu bleiben, so dürfte es den Jagows nicht so leicht werden, den Gewerkschaften den Strich um den Hals zu legen. Die Arbeiterschaft wird gerüstet sein, und sollte ihr der Kampf aufgedrängt werden, sie wird den Fehdehandschub aufnehmen.

Im aber die Organisationen innerlich zu festigen, müssen auch die gleichgültigen Mitglieder derselben sich aufrufen und sich einmal daran erinnern, daß sie nicht nur das Recht haben, Unterstufungen im Nothfalle abzudecken, sondern auch die Pflicht, als Gewerkschaftsmitglieder sich zu bekümmern um die Vorgänge in ihrem Gewerbe auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete, dann aber auch vor allem, daß sie die Versammlungen regelmäßig besuchen, Es sind Lebensinteressen, die die Arbeiterschaft in ihren Organisationen vertritt, und dafür kann sich auch der einzelne einmal einige Stunden freimachen. Es sind keine Opfer, die er damit der Organisation bringt, sondern er ist es sich selbst, seinen Kollegen, dem gewerblichen Nachwuchs und endlich der ganzen Arbeiterklasse schuldig, daß er das Seine dazu beisteuert, um sich und seiner Klasse eine einigermaßen erträgliche Lebenshaltung zu sichern. Und hier komme ich auf den Artikel des Kollegen Salomon in Nr. 54 zu sprechen. Ich stimme mit ihm überein, daß alle Mittel anzuwenden sind, um den Kollegen begreiflich zu machen, daß an Versammlungstagen ihr Platz nur im Versammlungsorte sein kann. Es ist sehr wichtig, die Versammlungen mit aktuellen Vorträgen in ihrem Juballe zu bereichern, und der Vorschlag des Kollegen Salomon verdient volle Beachtung.

Mit den Vorträgen in Druckerelversammlungen hat er meiner Ansicht nach jedoch vorbeigehoffen. Wenn z. B. in einer Druckerelversammlung ein Vortrag interessierender Inhalts gehalten wird, werden andre Druckerelversammlungen den selben auch hören wollen, und da ist es doch besser, wenn der ganzen Mitgliedschaft Gelegenheit geboten wird, den Vortrag anzuhören, was bei dem obnehin großen Mangel an freien Kräften für die Organisation eine große Erparnis an Arbeitskräften bedeutet. (Wir haben uns

schon bei einer früheren Gelegenheit gegen Diskutterklubs und Vorträge in Druckerelversammlungen gewandt. Das würde den Besuch der Versammlungen beeinträchtigen und schließlich zur Desorganisation führen. Beil.)

Dann noch der Satz: In jeder Druckerel werden einzelne (?) Kollegen sein, die Interesse an Organisationsleben bekunden. Diese luche man zu verpflichten, ihren Einfluß auf die Säumnigen und Lauen auszuüben. Ich glaube nicht, daß der Kollege Salomon nicht weiß, daß es geradezu eine Stipphusarbeit ist, manchmal ganze Ruden voll solcher Säumnigen und Lauen zum Versammlungsbesuch anzuregen, um dann zu erfahren, daß der eine sein Eisen nicht halt werden lassen kann, der andre früher schon genug Versammlungen besucht hat, jezt aber ausgedient ist, der dritte aber heute abend, so unangenehm es ihm sei, Chorgefangsprobe in der Kirche hat, und so fort mit Grazie; bis der letzte endlich sagt: Ich habe was Vernünftigeres zu tun! Was ich alles schon erlebt habe — und wahrscheinlich der Kollege Salomon auch — bis auf die Gesangsprobe, die doch wenigstens eine Ausrede war, der man die Originalität nicht absprechen kann.

Sehen wir alle, die wir es ernst meinen und mit den Zielen der Arbeiterbewegung uns eins fühlen, unser Bestes daran! Seien wir unermüdet, wenn es gilt, zu kämpfen für diese Ziele, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, und wir können froh erhobenen Hauptes in die Zukunft schauen.

Frankfurt a. M.

K. K.

Volkswirtschaft □ □ □ □ □

Nahrungsmittelaufwand, Mietpreise und Lohndöhne.

Das Wirtschaftstatistische Bureau von Richard Calwer, das sich in den letzten Jahren auf dem weiten Gebiete wirtschaftlicher Information eine maßgebende Stellung zu erobern wußte, hat in neuester Zeit eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung des Nahrungsmittelaufwandes, der Mietpreise und der Lohndöhne für die letzten Jahre herausgegeben, und zwar zum Teil für die Zeit von 1896 bis 1913. Soweit die Kosten für den Nahrungsmittelaufwand, wie sie in dieser statistischen Publikation für die genannte Periode veröffentlicht werden, in Frage kommen, bringen sie für uns Buchdrucker im allgemeinen kein neues Tatsachenmaterial, da die Zahlen sich zum größten Teil, wenigstens für die Jahre 1896—1905, auf die statistischen Erhebungen unsres Tarifamts stützen, und für die letzten Jahre (1911—1913) die auch von uns regelmäßig benutzten „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“ zur Grundlage haben. Trotzdem glauben wir aber nur unfern gewerkschaftlichen Aufgaben förderlich zu sein, wenn wir dieser volkswirtschaftlich wertvollen Statistik eine größere Beachtung schenken und im folgenden durch einen konzentrierten Auszug nicht nur das Interesse weiterer Kreise für diese Schrift erwecken, sondern auch das darin mit Blendenfleck zusammengetragene Material in zweckmäßiger Vergleichung für unfr wirtschaftlichen Ziele selbst nutzbar zu machen suchen. Zunächst wird damit ein zusammenfassendes Bild über das Auf und Ab der wichtigsten Ausgabeposten des Arbeiterhaushalts gegeben soweit die Lebensmittelpreise und die Wohnungspreise in Frage kommen. Darüber hinaus zeigt sich dann in einer Zusammenfassung der Entwicklung des tariflichen Tageslohnes ein gewisser antiker Gradmesser des Existenzminimums. Und der Vollständigkeit halber soll zur besseren Veranschaulichung für Soll und Haben in unsern Kreisen die Entwicklung des tariflichen Normallohns im Buchdruckerlarif in ungefähren Vergleich gebracht werden.

Unter diesen Voraussetzungen lassen wir also zuerst die Entwicklung der Lebensmittelpreise ins Auge. Als elementare Grundlage dieser Berechnungen dient hier bekanntlich die Verpflegungsration eines deutschen Marinefeldaten. Wir geben dabei mit Calwer von der Ansicht aus, für die Berechnung des Lebensmittelaufwandes eines erwachsenen Arbeiters nicht nur eine einfache Verpflegungsration in Ansatz bringen zu müssen, sondern eine dreifache, und zwar zur Erhaltung seiner Art auf der Basis einer vierköpfigen Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern. Eine solche dreifache Verpflegungsration eines deutschen Marinefeldaten für sieben Tage setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen: 2,4 kg Rindfleisch, 2,25 kg Schweinefleisch, 2,4 kg Hammelfleisch, 0,45 kg Reis, 0,9 kg Bohnen, 0,9 kg Erbsen, 1,5 kg Weizen-

mehl, 0,6 kg Backpulver, 9,0 kg Kartoffeln, 15,75 kg Brot, 1,35 kg Butter, 1,2 kg Zucker, 0,318 kg Salz, 0,315 kg Stärke, 0,63 kg Tee und 0,33 l Essig. Zu bemerken ist außerdem, daß wohl der Fleischverbrauch eines Marineoldaten viel höher ist, als der Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung, dafür fehlen aber Angaben für Milch und Eier und noch manches andre, was in einem Arbeiterhaushalt unerlässlich ist, wie Heizung, Beleuchtung usw. Die weiteren Erläuterungen in der Calwer'schen Schrift über die Berechnung dieser Berechnungsgrundlagen wollen wir übergehen, da sie von uns als zweckmäßig und einwandfrei anerkannt werden. Im allgemeinen können wir aber feststellen, daß gegen diese Art der Kostenberechnung des Lebensmittelaufwandes noch von keiner Seite erheblicher Widerspruch geltend gemacht wurde, nicht einmal von jenen Leuten, die sonst in jeder Lebenskostenberechnung für Arbeiterkreise eine drohende Gefahr für den Unternehmerprofiit wittern. Auf dieser Basis ergeben sich nun für die Jahre 1896—1913 folgende Entwicklungstufen der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Arbeiterfamilie innerhalb einer Woche und in Mark im Reichsdurchschnitt:

	1896	1900	1905	1911	1913
19,01	20,18	22,05	24,18	25,69	

Im der ersten Periode, von 1896 bis 1900, erhöhten sich die Kosten demnach um 6,1 Proz., von 1900 bis 1905 um 9,1 Proz., von 1905 bis 1911 um 9,8 Proz. und von 1911 bis 1913 um 6,2 Proz.; für die ganze Periode beläuft sich die Steigerung auf 35,1 Proz. Bezüglich der vorstehende Ziffern im Durchschnitt auf das ganze deutsche Reichsgebiet, so dürfte es zweifellos aber auch nicht des Interesses entbehren, für einzelne Landesteile die Entwicklung etwas näher kennen zu lernen. Dazu bietet uns Calwer die entsprechenden Anfangs- und Schlussziffern in folgender Weise:

	1896	1913	Steigerung in Proz.
Provinz Ostpreußen	17,98	24,56	36,6
Westpreußen	17,59	24,56	39,6
Berlin und Vororte	18,03	24,76	37,3
Provinz Brandenburg	18,53	25,61	38,2
Pommern	19,26	25,45	32,1
Posen	17,84	25,48	42,8
Schlesien	18,86	24,28	28,7
Sachsen	19,15	26,60	38,9
Schleswig-Holstein	18,64	25,63	37,5
Sachsen	17,88	25,30	41,5
Westfalen	18,65	25,93	39,0
Sachsen-Massau	19,76	25,65	29,8
Rheinprovinz	20,40	26,80	32,3
Bavarn	20,37	25,97	27,5
Königreich Sachsen	19,98	25,56	27,9
Württemberg	18,92	25,33	33,9
Baden	20,14	26,59	32,0
Hessen	19,52	26,50	35,2
Thüringische Staaten	18,39	26,40	43,5
Oldenburg	16,86	25,16	49,9
Anhalt	19,12	25,95	35,7
Übrige Landesteile	17,74	25,72	44,9

Auf eine besondere Beleuchtung vorstehender Resultate glauben wir verzichten zu können. Die Ziffern sprechen deutlich genug; sie bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Stellen wir dieser Entwicklung der Lebensmittelpreise nun die in der gleichen Periode vorgekommenen Veränderungen des tariflichen „Normallohnes“, d. h. des Lohnes der ältesten Klasse ohne Lokalaufschlag nach dem jeweiligen Buchdrucker-tarif gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Lebensmittelpreise für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Reichsdurchschnitt in Mkt.	Steigerung gegenüber der vorhergehenden Periode in Proz.	Jahr	Tariflicher Normallohn nach dem Buchdrucker-tarif ohne Lokalaufschlag in Mkt.	Steigerung gegenüber der vorhergehenden Periode in Proz.
1896	19,01	—	1896	21,00	—
1900	20,18	+ 6,1	1901	22,50	+ 7,1
1905	22,05	+ 9,1	1907	25,00	+ 11,1
1911	24,18	+ 9,8	—	—	—
1913	25,69	+ 6,2	1912	27,50	+ 10,0
Steigerung seit 1896:	35,1	—	—	30,9	—

Die Entwicklung des Normallohnes im Buchdrucker-tarif hat demnach mit dem Durchschnittskosten des Lebensmittelaufwandes nicht gleichen Schritt gehalten. Da jedoch in Wirklichkeit der Durchschnittslohn für Buchdrucker höher ist, als z. B. der lokalzuschlagslose Lohn der Klasse C nach dem gegenwärtigen Tarif, was insbesondere durch eine außerordentlich starke Erweiterung der Lokalaufschläge bedingt ist, so ist dennoch anzunehmen, daß sich die beiden Steigerungsziffern ziemlich decken, wenn auch nicht übereben sein soll, daß sich in den letzten Jahren mehr und mehr eine Tendenz der Minimumentlohnung bemerkbar macht. Alle diese Erörterungen in Betracht gezogen, bleibt mit großer Bestimmtheit nur das eine, daß von einer Überholung der Lebensmittelpreise durch die Entwicklung des tariflichen Lohnes im Buchdrucker-gewerbe nach dieser Zusammenstellung keine Rede sein kann.

Auch die Entwicklung der ortsüblichen Tagelöhne läßt in gleicher Richtung Vergleiche zu. Zwar spielen die ortsüblichen Tagelöhne in der Praxis eine sehr untergeordnete Rolle, sie kommen in der Hauptsache nur als Berechnungselemente für die Sozialversicherung in Frage, aber doch läßt sich ihre Festsetzung auf gewisse wirtschaftliche Notwendigkeiten. Die jeweiligen örtlichen und zeitlichen Lebensmittelpreise können bei ihrer Normierung nicht außer acht gelassen werden. Und man kann, ohne zu weit zu behaupten, die ortsüblichen Tagelöhne als beherrschenden anerkannten Mindestlohn für ungelernete Arbeiter betrachten. Leider erstreckt sich aber nun ihre statistische Zusammen-

stellung im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur bis zum Jahre 1901 zurück. Es wurden jedoch in diesen 13 Jahren mehrere Neufestsetzungen vorgenommen. Das Resultat dieser Veränderungen ist durchschnittlich ein erheblich günstigeres als das der Lebensmittelpreisentwicklung und rein allernmäßig betrachtet auch besser als das Ergebnis der prozentualen Steigerung des tariflichen Normallohnes im Buchdrucker-gewerbe. Im einzelnen sind die nachstehenden Resultate das Ergebnis einer umfangreichen Durchschnittsberechnung aller ortsüblichen Tagelöhne der wichtigsten Orte jeder Provinz oder der in Frage kommenden Landesteile, wobei für jedes Jahr immer die gleichen Orte miteinander verrechnet wurden. Der Kürze halber schalten wir die Jahre 1905 und 1910 aus und stellen nur die Anfangs- und Endergebnisse der Periode von 1901 bis 1913 miteinander in Vergleich, wodurch wir zu folgendem Resultat gelangen.

	Durchschnittlicher ortsüblicher Tagelohn für einen erwachsenen männlichen Arbeiter in Mark		Steigerung seit 1901 in Proz.
	1901	1913	
Provinz Ostpreußen	1,90	2,60	+ 36,8
Westpreußen	2,35	2,80	+ 19,1
Berlin	2,85	3,95	+ 38,9
Provinz Brandenburg	2,35	3,05	+ 29,7
Pommern	1,95	2,70	+ 43,6
Posen	1,90	2,85	+ 50,0
Schlesien	1,90	2,60	+ 36,7
Sachsen	2,15	3,10	+ 44,2
Schleswig-Holstein	2,90	3,70	+ 48,0
Westfalen	2,65	3,60	+ 35,9
Sachsen-Massau	2,70	3,40	+ 25,9
Rheinprovinz	2,60	3,65	+ 40,4
Bavarn	2,35	3,45	+ 46,8
Königreich Sachsen	2,20	3,45	+ 56,8
Württemberg	2,65	3,60	+ 35,5
Baden	2,30	3,45	+ 50,0
Hessen	2,50	3,50	+ 40,0
Mecklenburg-Schwerin	2,00	3,15	+ 57,5
Thüringische Staaten	2,35	3,20	+ 36,2
Oldenburg	2,70	3,75	+ 38,8
Anhalt	2,50	3,50	+ 40,0
Elsass-Lothringen	2,60	3,55	+ 36,5
Übrige Landesteile	2,95	3,70	+ 25,4
Reichsdurchschnitt:	2,49	3,35	+ 39,6

Bringen wir nun mit Hilfe der bisherigen Festsetzungen die Veränderungen der Lebensmittelpreise, des tariflichen Normallohnes sowie der ortsüblichen Tagelöhne miteinander in Vergleich, so erhalten wir für die Zeit von 1901 bis 1913 im Reichsdurchschnitt folgendes Bild:

Steigerung der Lebensmittelpreise	35,1	27,3	Proz.
des tariflichen Normallohnes im Buchdrucker-gewerbe	30,9	22,2	Proz.
des ortsüblichen Tagelohnes	39,6	39,6	Proz.

Da der Begriff der ortsüblichen Tagelöhne, wie auch der des tariflichen Normallohnes, zu wenig praktische Beziehungen zueinander haben, müssen wir von besonderen Schlussfolgerungen aus dieser Zusammenstellung Abstand nehmen. Jedoch scheint es uns zweckmäßig, an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, daß nach bekannten amtlichen Untersuchungen über die Lebenshaltung verschiedener Familien folgendes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben festgestellt worden ist:

I. Einkommen Mkt.	II. Ausgaben in Prozenten für				
	Nahrung	Kleindung	Wohnung	Heizung u. Beleuchtung	Sonstiges
unter 1200	54,2	9,2	20,0	6,2	10,4
1200—1600	54,6	9,5	17,2	4,8	13,9
1600—2000	51,0	11,5	18,0	4,5	15,0
2000—2500	48,1	12,6	17,6	4,0	17,7
2500—3000	42,7	14,3	18,0	3,9	21,1
3000—4000	38,1	14,0	18,5	3,6	25,8
4000—5000	32,8	14,7	19,3	3,1	30,1
über 5000	30,3	14,9	14,9	3,1	36,8

In der Rubrik „Nahrungsmittel“ sind die Genußmittel und Getränke mit einbegriffen, unter Kleidung ist auch Wäsche und Reinigung enthalten, unter Wohnung auch die Instandhaltung der Möbel. Wenn wir die einzelnen Spalten näher ansehen, so können wir bei den Nahrungsmitteln eine stetige Abnahme des Prozentsatzes feststellen. Bei den niedrigsten Einkommen entfallen 54,2 Proz. sämtlicher Ausgaben auf Nahrung, bei den höchsten aber nur 30,3 Proz. Umgekehrt steigt der Prozentsatz der Spalte „Sonstiges“ stetig, bis er bei dem höchsten Einkommen den der Nahrung übersteigt (30,3 und 36,8 Proz.). Auch die Ausgaben für Kleidung steigen fast stetig mit dem Einkommen. Auf „Wohnung“ entfallen bei den niedrigsten Einkommen 20 Proz., bei den höchsten Einkommen nur 14,9 Proz.

Nach Calwer beanspruchen die Mietpreise je nach den örtlichen Verhältnissen 15 bis 20 Proz. des Arbeiter-einkommens. Gelegentliche stärkere Abweichungen über diesen Rahmen hinaus, nach oben oder unten, sind natürlich nicht ausgeschlossen. Die in Frage kommenden Erhebungen erstrecken sich auf zwei Typen von Kleinwohnungen und stützen sich größtenteils ebenfalls auf Mitteilungen amtlicher Stellen. Es kommt auf der Grundlage umfassender Ermittlungen jedoch nur Durchschnittspreise in Betracht, und zwar für uns nur für Wohnungen mit zwei Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, kostengemäße Durchschnittsbehaftung für eine vierköpfige Familie (zwei Erwachsene und zwei Kinder). Es mag Leute geben, die der Ansicht sind, daß solche Wohnungen für eine Arbeiterfamilie zu komfortabel sind, und daß sie mit kleineren

Wohnungen zufrieden sein sollten. Diese Leute mögen sich melden. Es wird uns ein Vergnügen sein, sie der Öffentlichkeit vorzuführen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der vorstehend angegebene Wohnungstyp für eine vierköpfige Buchdruckerfamilie als Durchschnitt anzunehmen und somit auch in der vorliegenden statistischen Zusammenstellung allein zu berücksichtigen ist. Leider geht nun diese Statistik in drei Etappen nur bis auf das Jahr 1905 zurück; sie bezieht sich auf die Jahre 1905, 1907 und 1912. Für jedes dieser drei Jahre wurden die Resultate umfangreicher Erhebungen in den wichtigsten Städten der meisten deutschen Bundesstaaten zugrunde gelegt und auf dem Wege der Durchschnittsberechnung im einzelnen folgendes festgestellt. Der jährliche Mietpreis für eine Wohnung von zwei Zimmern, Kammer, Küche und Zubehör betrug durchschnittlich in Mark:

Provinz	1905	1912	Steigerung von 1905—1912 in Proz.
Ostpreußen	222	307	38,3
Westpreußen	292	298	2,0
Berlin	—	396	—
Provinz Brandenburg	220	271	23,2
Pommern	224	245	9,4
Posen	275	346	25,9
Schlesien	257	316	22,9
Sachsen	236	252	6,8
Schleswig-Holstein	255	255	—
Sachsen	262	318	21,3
Westfalen	292	332	13,6
Sachsen-Massau	283	356	25,8
Rheinprovinz	318	375	17,9
Bavarn	270	332	22,9
Königreich Sachsen	324	340	4,9
Württemberg	335	327	- 2,4
Baden	288	340	21,5
Hessen	312	370	18,6
Mecklenburg-Schwerin	—	218	—
Thüringische Staaten	255	270	5,9
Oldenburg	268	304	13,4
Elsass-Lothringen	277	360	29,9
Gesamtdurchschnitt:	275	315	14,5

Damit haben wir in der Hauptsache die allgemeinen Resultate der neuen Calwer'schen Statistik erfaßt und, wo es zum bessern Verständnis für unsre Leser notwendig erschien, auch stimmgemäß ergänzt. In erster Linie kam es uns dabei darauf an, an der Hand dieses zuverlässigen Materials wieder einmal in möglichst konzentrierter Weise darzustellen und festzuhalten, mit welchen Hauptausgaben eine vierköpfige Arbeiterfamilie innerhalb der letzten Jahre und auch in der Gegenwart noch zu rechnen hat und welche Veränderungen dabei zu verzeichnen sind. Besonders das letztere, die stufenweise Entwicklung bildet den sogenannten Springenpunkt. Das Resultat ist der Nachweis einer ununterbrochenen Steigerung der Lebenshaltungskosten. Das ist zwar nichts neues für uns, aber der unzweideutige Nachweis dieser Tatsache auf Grund zuverlässiger tendenzieller Quellen ist mehr wert, als man gemeinlich denkt. Er gibt uns nicht nur einen neuen Ansporn, sondern auch das unbefristete Recht, alle Mittel und Wege aufzufindig zu machen, die unsern standard of life vor weiterer Verschlechterung bewahren.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Darmstadt. Ihre am 2. Mai im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Eingangs der Versammlung wurden 17 Kollegen aufgenommen; eine Aufnahme mußte abschlägig beschieden werden. Die von der Generalversammlung zurückgestellten Anträge wurden wie folgt erledigt. Ein Antrag, den Mitgliedern im Erkrankungsfall für die ersten drei Tage eine Ertraunterstützung von 1,50 Mkt. pro Tag zu gewähren, wurde, weil er die Bezirkskasse zu sehr belasten würde, abgelehnt. Drei Anträge eines Kollegen, von denen der erste sich mit der Einführung des Leihbüchchens beschäftigte, während der zweite die Restantenfrage und der dritte den Arbeitsnachweis behandelte, wurden dahin erledigt, daß der erste zurückgezogen und der zweite abgelehnt wurde. Die Frage des Arbeitsnachweises wurde zurückgestellt und soll auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung als besondrer Punkt erscheinen. Der Antrag, den Vertrauensleuten statt einem halben Prozent ein ganzes Prozent zu gewähren, wurde abgelehnt, jedoch wurde ihnen zu den erforderlichen Erhebungen eine Anwesenheitsgebühr von 50 Pf. zugesprochen. Sodann wurde von einem Vertreter der Akademischen Volkshilfsschule ein kleiner Vortrag gehalten. Die Mitglieder wurden aufgefordert, sich recht zahlreich an diesen Kurien zu beteiligen. Zum Punkte „Sobannitsfest“ wurde beschlossen, einen Waldspaziergang mit Musik zu arrangieren. Die aufgebuckelte und sachlich verlaufene Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit dem Wunsch geschlossen, daß allen noch folgenden Versammlungen der gleich gute Besuch und würdige Verlauf beschieden sein möge.

Eberswalde. Die am 3. Mai in Freienwalde a. O. abgehaltene Frühjahrsbezirksversammlung hatte sich wiederum eines guten Besuchs zu erfreuen. Verschieden waren aus Angermünde 7, Bernau 37, Eberswalde 32, Freienwalde 8, Hohenkirchen 8, Paschwitz 5, Prenzlau 19, Schwedt 2 und Tempeln ein Kollege. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich Erschienenen mit dem Bemerkten, daß es doppelt nötig sei, beim politischen Ansturm gegen die Gewerkschaften das gewerkschaftliche Interesse zu heben und

zu wahren. Auch diesmal konnten wir unsern Gauvorsteher Hannack in unser Mitleid begreifen. Den Kassenbericht, der uns diesmal als Neuerung gedruckt vorlag, erstattete für den nach Berlin übergeleiteten Bezirksvorsteher Kollegen Welfendorf Kollege Dräger. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig Entlastung erteilt und dem Kollegen Welfendorf für treue Arbeit besonders das Vertrauen der Versammlung ausgedrückt. Die Neuwahl des Kassierers und des Schriftführers ergab die einstimmige Wahl der vom Vorort nominierten Kollegen. Hiernach referierte Gauvorsteher Hannack über: „Die gewerkschaftliche Organisation als Interessenvertretung der Arbeiter.“ In klarer, ausführlicher Weise verstand es der Referent, die Anwesenden zu fesseln. Die Versammlung gab ihren Dank durch reichen Beifall kund und verzichtete auf eine Diskussion. Den Bericht aus den Druckorten ging ein Bericht des Bezirksvorstehers über die Verhältnisse im Bezirk voraus, in welchem er die Schmerzenskinder, wie Ausbeutungsanstalten von Lehrlingen, besonders ans Licht zog. Die Situationsberichte aus den Orten bewiesen, daß an allen Orten rege gearbeitet wird. Berman gab seinem Bedauern Ausdruck über den durch die Arbeitslosigkeit eingetretenen Rückgang der Mitgliederzahl von etwa 20 Kollegen. Eberswalde unterzog die Mahnahme des Gauvorstandes in einem bestimmten Falle einer scharfen Kritik. Gauvorsteher Hannack stellte anheim, beim Hauptvorstand Berufung einzulegen, welchem auch stattgegeben wurde. Als nächster Tagungsort wurde Eberswalde gewählt. Das Reisegeld dieser Klasse konnte allen Kollegen erstattet werden. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die außerordentliche Versammlung.

Essen (Ruhr). Inste am 2. Mai abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm einen sehr anregenden Verlauf. Doch hätte der Besuch ein besserer sein können. Anwesend waren nur 116 Kollegen. 17 Kollegen, meist Neuausgelernte, konnten wir in unsere Reihen aufnehmen, während zwei gewerkschaftsmäßige Restanten ausgeschlossen wurden. Der Punkt: „Neuberatung der Satzungen des Ortsvereins“, der schon zweimal wegen vorgerückter Stunde zurückgestellt werden mußte, fand durch seine Erledigung, daß der vorgelegte Entwurf der Satzungen aufgegeben wurde. Ein Antrag, betreffend Unterstufung der die „Zugra“ besuchenden Kollegen, fand nicht die nötige Unterstützung und wurde abgelehnt. Unser diesjähriges Johannisfest findet am 4. Juli statt. Verbunden wird damit die Verbandsjubelumsfeier der Kollegen Kaufmann, Siepmann (40 Jahre) und Rapp, Rabe, Gauerborn (25 Jahre). Den Schluß der Versammlung bildete die Besprechung der Tagesordnung des Gauslages.

Cuevelsberg. Inste am 2. Mai abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich eines besonders guten Besuchs. Nach Erledigung des Punktes „Eingänge“ erhaltete unser Delegierter, Kollege Timmler, Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses im Jahre 1913. Hierauf erhielt Kollege Meis (Cuevelsberg) das Wort zu seinem Vortrag „Symptome unrer Gesellschaftsordnung“, der beifällig aufgenommen wurde. Über den Punkt „Johannisfest“ erpfaßte sich eine längere Debatte. Es wurde beschlossen, wegen der in diesem Jahre stattfindenden Buchgewerbeausstellung in Leipzig, die mehrere Kollegen von hier besuchen wollen, von einer größeren Feier abzusehen. Ein Antrag, den Besuchern der Ausstellung eine Beihilfe von 3 Mk. aus der Driskasse zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. Hierauf schloß Vorsitzender Schünke die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Kiel. Am 3. Mai fand in Rendsburg die Frühjahrsbezirksversammlung statt, deren guter Besuch besonders auch aus dem Bezirksvorort Kiel dem Vorsitzenden Veranlassung gab zu dem Wunsche, daß auch an den Versammlungen des Ortsvereins Kiel die Kollegen stets so zahlreich sich beteiligen möchten. Der Arbeiterführer Kollege Rendsburg begrüßte die Erschienenen mit der langweilig vorgetragenen Komposition „Lord Coleton“, worauf vom Gesangsverein „Gutenbergs von 1898“ (Kiel), „Der junge Barde“ von Thomas Moore gelungen wurde. Aus dem Hauptpunkte der Tagesordnung: „Besprechung der tariflichen und organisatorischen Verhältnisse im Bezirk“ ist zu entnehmen, daß abgesehen von einigen Differenzen mit kleineren Firmen die Arbeitsverhältnisse als günstig zu bezeichnen waren; eine Lohnstillstille wies nach, daß erfreulicherweise ein guter Prozentsatz der Beschäftigten über Minimum entlohnt wurde. Auf vorgebrachte Klagen über unkollegiales Zusammenarbeiten in einer größeren Druckerei ermahnte der Vorsitzende als auch andre Redner eingehend dessen zu sein, daß nur eine einzige Arbeiterkraft imstande sei, im wirklichen Kampf Erfolge zu erzielen. Ein belehrender Vortrag des Kollegen Bessel (Kiel): „Schrift und Buch einst und jetzt“ fand ungeteilte Aufmerksamkeit der Versammlung und wurde mit Dank aufgenommen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Kiel statt. — Begünstigt von schönem Wetter wurde der Nachmittag noch mit einer Besichtigung des Ortes und seiner Sehenswürdigkeiten, besonders der Kanalanlagen und der einen Wellenlauf genießenden gewaltigen Eisenbahnbrücke über den Kanal, der sogenannten Schleife, verbracht. Ein kleiner Konmerz hielt die Kollegen abends noch für eine kurze Zeit beimammen.

Arnsfeld. Der hiesige Maschinenmeisterverein hielt am 26. April seine zweite Bezirksmaschinenmeisterversammlung ab unter Teilnahme der Kollegen von Wierfen und Gladbach. Die Anwesenheitsliste vermerkte 28 Mitglieder, davon 6 aus Gladbach und 5 von Wierfen. Vorsitzender Flecken begrüßte alle Erschienenen. Nach Erledigung einiger Mitteilungen und Eingänge wurde Stellung genommen zu einem Antrage für den Maschinenmeisterverein in Wagen. Sodann referierte Kollege Kerkelz über: „Streikläge durch das tarifliche Gebiet unter Berücksichtigung

der Sonderbestimmungen für Drucker und Maschinenmeister“. In einem interessanten Vortrage machte er die Kollegen mit den Sonderbestimmungen des Tarifs, die speziell die Drucker betreffen, bekannt und beleuchtete verschiedene Vorkommnisse, die hieraus folgerten, nach allen Seiten. Der lebhafteste Beifall, der dem Referenten für seinen gewiß zeitgemäßen Vortrag gesendet wurde, bewies, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Nach Erledigung der Berichte aus den Mitgliedskassen gelangten noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache. Die nächste Versammlung findet in Wierfen statt.

Leipzig. (Schriftgießer.) Die am 7. Mai im „Volkshaus“ abgehaltene mäßig besuchte Versammlung ehrte den verstorbenen Kollegen S. Jörg in üblicher Weise. Die neuangewählten Kollegen werden vom Vorsitzenden ermahnt, fleißige Versammlungsbefucher und fleißige Gewerkschaftler zu werden. Verschiedene tarifliche Angelegenheiten wurden behandelt und die Kollegen ersucht, etwaige Verstöße zur Kenntnis zu bringen, oder sich an das Schiedsgericht zu wenden. Hierauf hielt Kollege Lippmann einen recht zeitgemäßen und verständlichen Vortrag über die „Volksfürsorge“. Redner schilderte die vielen Schwierigkeiten, die dieser für die Arbeiter so nützlichen Versicherung entgegenstanden. Es sei mit Freunden zu konstatieren, daß der Volksversicherung in Arbeiterkreisen große Sympathien entgegengebracht würden, und die Versuche der Gegner die Sache in Mißkredit zu bringen und zu vereiteln als lässlich geachtet zu betrachten sind. Die Einrichtungen der großen Versicherungsgesellschaften und die der „Volksfürsorge“ wurden vom Referenten besonders gegenübergestellt. An schwer müsse jeder herausfinden, daß für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit vorlag, etwas Besseres zu schaffen. Es sei sehr nötig, daß jeder Arbeiter dieses gute Werk unterstütze und fördern helfe. Zu der voraussichtlich im August stattfindenden Zusammenkunft der deutschen Kollegen in Leipzig anfänglich der budgetarischen Ausstellung wurden vom Vorstande verschiedene Vorschläge gemacht. Einstimmig gab die Versammlung ihre Zustimmung hierzu und beschloß, die nötigen Vorarbeiten zu übernehmen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch verschiedene interessante unsern Beruf betreffende Mitteilungen über die Ausstellung.

Lübeck. (Bierlejahrsbericht.) Das letzte Quartal brachte allgemein eine regere Anteilnahme der Kollegen am Verbandsleben mit sich, dies äußerte sich vor allem durch den guten Versammlungsbesuch. Die Februarversammlung übte noch durch den von Herrn Dr. med. Schömer gehaltenen Vortrag: „Darwin und seine Lehre“ eine erhöhte Anziehungskraft aus. — In der Märzversammlung wurde u. a. vom Vorsitzenden auf die bevorstehende Lehrlingsaufstellung hingewiesen. — Die Aprilversammlung brachte uns den Zuwachs sämtlicher hier am Orte Ausgelernten. Aus der Mitte der Versammlung wurde auf die Reghäuser-Kohle-Broschüre hingewiesen und betont, daß eine Diskussion darüber wohl allgemein sehr erwünscht sei. Vorsitzender Molkenbührer hielt eine Diskussion für überflüssig, da sich doch über eine Broschüre eine Debatte erübrige, deren Verfasser offenbar in geistiger Unmündigkeit gehandelt habe, während er in geschunden Tagen stets tafelfähig für unsre Verbandsangelegenheiten eingetreten sei. Dieser Auffassung schloß sich auch die Versammlung einmütig an. — Am 27. April wurde eine außerordentliche Versammlung einberufen, die von über 150 Kollegen besucht war. Eingangs fragte die Graphische Niederlassung „Heil Gutenberg“ äußerst erakt vor, dann erteilte der Vorsitzende Kollege Grammann (Berlin) das Wort zu seinem Referate: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe“. Der Referent verhandelt ein ausgezeichnetes Spiegelbild unsres Gewerbes zu entrollen, wofür ihm am Schluß seiner Ausführungen seitens der aufmerksamsten Zuhörerreich Beifall gesollt wurde. — Nun trat die Fidelitas in ihre Rechte und der alle Buchdruckerumhor kam wieder einmal recht zum Durchbruch. Die Graphische Niederlassung sowie einige vortragslustige Kollegen trugen viel zum gutem Gelingen des Ganzen bei.

München. (Erwiderung.) Auf den mich betreffenden Teil des Vierteljahrsberichts von hier in Nr. 53 habe ich zu entgegnen: In der gemeinsamen Sitzung des Gau- und Ortsvorstandes am 5. Januar bestand die Meinungsdivergenz darin, daß ich bei der Ansprache über die Begleiterscheinungen der österreichischen Bewegung dem Begriff Streikarbeit eine schärfere Begrenzung gab, meine Erfahrungen aus einer Streikarbeit betreffenden Schiedsgerichtssitzung vortrug, wobei ich der Anwaltlichkeit der Gehilfenschiedsgerichtsbeisitzer, insbesondere des Gehilfenkreisreferenten gerecht wurde — wenn auch nicht in ihrem Sinne. Nun halten die beteiligten Kollegen Anlaß, erst recht mich zu „belehren“, daß ich es „nicht besser machen würde“, sie als „alte Praktiker“ mit ihren Erfahrungen von 1891/92 wählten jedenfalls am besten die Interessen der Kollegen zu vertreten; ich würde mit meinen „Theorien“ nur die Kollegen aufheben, praktische Arbeit zu leisten lehnte ich ab. Diese nicht sanfte Abbitürung erwiderte ich damit, daß ein Kollege, der vermöge seines Alters nicht den damaligen Kampf mitmachen konnte, in mehr denn dreizehnjähriger Organisationszugehörigkeit wohl auch „praktische Arbeit“ — mit Opfern belegt — vollbringen wie mancher der 1891/92er Kämpfer; gäbe es doch von diesen nicht wenige, die nach 1891/92 vergessen haben, was ihre Pflicht wäre. Sollte bei den Kollegen trotzdem die Meinung vorhanden sein, in der strittigen Frage die einzig richtige Präzisierung gegeben zu haben, müßte ich schon sagen, daß ich durchaus eine andre Meinung darüber hätte. Damit war die Auseinandersetzung beendet; ein Stachel hätte nicht zurückbleiben können, wenn nicht drei Ortsvorstandskollegen Anlaß genommen hätten, gegen mich zu protestieren. Weitere zwei Ortsvorstandskollegen wollten

nun auch nicht unlässig bleiben und sagten mir effliche Lebenswürdigkeiten. Damit war die Sitzung aufgehoben und für mich dahin entschieden, daß ich mit solchen Ortsvorstandskollegen nicht mehr zusammen arbeiten könne. Die Auseinandersetzung mit den Gauvorstands- bzw. Schiedsgerichtskollegen war wohl der Ausgangspunkt, doch nicht Ursache meines Rücktritts, was ich auch in der Generalversammlung am 22. März betonte. In dieser Versammlung, die von ungefähr 800—1000 Kollegen besucht war, wurden meine diesbezüglichen Ausführungen wohl von neun Zehntel der Anwesenden mit Zustimmung aufgenommen, was die beteiligten Ortsvorstandskollegen von ihren Reden, in denen sie „Krafts Auftreten in jener Sitzung“ nach ihrer Weise schilderten, um so ihr Verhalten zu rechtfertigen, wohl nicht behaupten werden. Ein Antrag, der auf Grund der Vorgänge in der Sitzung vom 5. Januar meinen vorzeitigen Rücktritt billigt, den Gau- und Ortsvorstandskollegen die Mißbilligung ausspricht, wäre jedenfalls mit überwiegender Mehrheit angenommen, hätte ich selbst nicht in zweimaliger Wortnahme die Antragsteller erlucht, den Antrag im Interesse des Friedens in der Mitgliedschaft zurückzugeben, was denn auch unter Protest geschah. Was Wunder, daß sich bei den Vorschlägen zur Bestellung der Vorstandsposten die Stimmung der Kollegen ausbrüchte. Trotz des größten Verlangens, wieder für den Vorstand zu kandidieren, lehnte ich es ab sowohl als erster Vorsitzender wie auch als zweiter Vorsitzender zu kandidieren und begründete auch meinen Entschluß in jedenfalls nicht nachteiliger Weise für einen bestimmten Kollegen. Der vorurteillose Leser wird aus dieser wahrheitsgemäßen Schilderung ersehen, daß Zweifel beim Lesen des Berichts in Nr. 53 berechtigt waren, daß der mehr in eigener Sache schreibende Schriftführer den Tatsachen nicht entsprechend berichtete, um den „Freund“ Kraft vor den Kollegen im Reich als „Stämker“ hinzustellen. Ernst Kraft.

Rendsburg. Die Versammlung am 9. Mai nahm den Kartellbericht des Kollegen Lemke entgegen und begrüßte dann einen Antrag auf Unterstufung der zur graphischen Weltausstellung reisenden Rendsburger Kollegen. Hierzu wurde beschlossen, das in diesem Jahre fällige 25. Stillsitzfest eventuell nicht zu begehen und statt dessen jedem Besucher der Ausstellung 20 Mk. zu gewähren. Darauf ging die Versammlung zur Neuwahl eines Vorsitzenden über. In kürzester Zeit und mit für Rendsburg feltener Einmütigkeit wurde dieser Punkt erledigt und Kollege Johann Kühl fast einstimmig gewählt. Auch die Wahl eines neuen Kartelldelegierten ergab keine Schwierigkeiten, indem Kollege Jann sich sofort bereit erklärte, diesen Posten anzunehmen. Den Schluß der Versammlung bildeten einige triftliche Angelegenheiten. — Möge diese im großen Ganzen befriedigend verlaufene Versammlung den Wustlauf zu einer endlichen Gesundung der Rendsburger Ortsvereinsverhältnisse bedeuten.

—o.— Straßburg i. E. Inste am 2. Mai abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung einen besseren Besuch verdient, besonders die junge Garde war es, die recht spärlich vertreten war. Selbst ein auf der Tagesordnung stehender Antrag auf Erhöhung des Bezirksbeitrags um 5 Pf. pro Woche konnte den größten Teil der Kollegen nicht bewegen, die Versammlung zu besuchen; desto mehr wurde aber in den Tagen vor der Versammlung hinter dem Rücken räsonniert, was ja auch bequemer ist. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Vorsitzender Stallnich u. a. bekannt, daß die Stadtverwaltung ein Gesuch um Bewilligung eines Zuschusses an einige Kollegen zum Besuche der Ausstellung in Leipzig abschlägig entschieden hat, mit der eigenartigen Begründung, es sei Sache der Berufsorganisationen selbst, für die Weiterbildung ihrer Mitglieder zu sorgen. Ein ähnliches Gesuch an das Ministerium für Etsch-Lothringern hatte infolern einen bessern Erfolg, als dieses an acht Berufsangehörige aus Etsch-Lothringern, und zwar an vier Arbeitgeber und vier Arbeitnehmer, einen kleinen Zuschuß gewährt und die Handwerkskammer mit der Einreichung von Vorschlägen beauftragt hat. Nach längerer, dieser Mitteilung sich anschließender Debatte, in der besonders der Standpunkt der Stadtverwaltung gebührend gewürdigt wurde, faßte die Versammlung den Beschluß, einem etwa vom Ministerium subventionierten Kollegen eine weitere Beihilfe in Höhe von 40 Mk. aus der Bezirkskasse zu gewähren. Nach Erledigung einiger weiterer interner Angelegenheiten gab Kollege Kunzler einen kurzgefaßten Bericht über die auf dem Gauslag in Mühlhausen gepflogenen Verhandlungen und die dort gefassten Beschlüsse, dem ebenfalls eine ausgiebige Diskussion folgte. Allgemein erklärte man sich mit der in Mühlhausen geleisteten Arbeit befriedigt, insbesondere aber mit der vom Kollegen Döblin abgegebenen Erklärung in der etsch-lothringischen Lokalaufschlagfrage. Die Tagesordnung „sterende“ Besprechung der Kohle-Broschüre wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Ein vom Kollegen Lang gestellter Antrag, dahingehend, jedem durchreisenden Kollegen ein freies Nachtquartier zu gewähren, fand nach kurzer Debatte Annahme. Bisher erhielt jeder dieser Kollegen einen Zuschuß von 25 Pf. Von zwei weiteren Anträgen deselben Antragstellers wurde der eine abgelehnt, während der zweite, der 5 Pf. Beitragserhöhung forderte, vom Antragsteller zurückgegeben wurde. Nach Erledigung zweier lokaler Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die recht anregend verlaufene Versammlung schließen.

Straßburg i. E. (Etsch-Lothringische Maschinen-sehervereinigung.) Zu der am 26. April abgehaltenen Generalversammlung waren Delegierte aus Straßburg (5), Meß (2), Mühlhausen, Kollmar und Forbach (je 1) erschienen. Außerdem wohnten der Generalversammlung bei der Gauvorsteher und ein Vertreter des Bezirksvorstandes Straßburg sowie eine Anzahl Kollegen. In seiner

Begrüßungsansprache gab Vorsitzender Gille einen Überblick über die Entstehung, Entwicklung und den Zweck der Maschinenfeherpartei. Besonders hervorzuheben sei die fruchtbringende Arbeit, die diese in bezug auf die technische Weiterbildung der Mitglieder leistete durch die Herausgabe der „Technischen Mitteilungen“, Aufnahme von Statistiken, Publikationen auf hygienischem Gebiet usw. Das Verhältnis der Sparten zu den Verbandsinstanzen sei ein gutes und werde es hoffentlich auch bleiben. Mit der Mahnung zu fernerem festen Zusammenhalt aller in unserm Berufe Tätigen schloß der Vorsitzende seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Mitgliederrat der Vereinigung betrug am Schluß des Jahres 1913 93. Dem Verlechte des Kassierers Schublitz zufolge belief sich der Kassenbestand auf 230,57 Mk. Den Berichten aus den drei Bezirken Strabburg, Meß und Oberelsaß war zu entnehmen, daß in den tariflosen Druckereien die tariflosen und sonstigen Verhältnisse mit einigen kleinen Ausnahmen leidlich zu nennen sind. Nur der Besuchsbesuch dürfte ein besserer sein. Die eingelassenen Jahresberichte der Brudervereine unterzog der Schriftführer Peterhänkel einer kurzen Besprechung, dabei hervorhebend, daß in allen Berichten die Gehaltsliste der „Zeitschrift“ besprochen und mit Entzifferung zurückgewiesen werden und der Redaktion des „Korr.“ die Anerkennung für ihre tatkräftige Abwehr ausgesprochen wird. Nun folgte ein Vortrag des Kollegen Kunkler über „Die Entwicklung der Sechsmaschine und ihre Einführung in das deutsche Verbandsgebiet“. Der Redner führte die Bestrebungen vor Augen, die schon in früheren Zeiten gemacht worden sind, um die Herstellung des Satzes auf maschinellen Weg auszuführen. Jedoch hatten alle diese Anstrengungen keinen Erfolg, bis die modernen Zeilengemaschinen das Feld behaupteten. Auf die Einführung der Sechsmaschine in Deutschland übergehend, schilderte Redner in anschaulicher Weise die Entstehung des ersten Maschinenzeitarbeits. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner. Hierauf wurde in der Tagesordnung weitergefahren und bestimmt, daß der Jahresbericht der Vereinigung in Zukunft nur noch im Rechenschaftsberichte des Gauz Eläß-Vorbringen erscheinen soll. Eine längere Debatte rief ein von den Meßer Kollegen gestellter Antrag auf Neubewertung der Delegiertenzahl und Herabsetzung des Beitrags zur Allgemeinen Kasse hervor, derselbe wurde schließlich seitens der Antragsteller zurückgezogen. Dem Vorstande wurde für seine Mithewaltung eine kleine Anerkennung bewilligt. Er wurde per Akklamation wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde wiederum Strabburg bestimmt. Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt. Hierauf wurde die Generalversammlung geschlossen. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen fand eine Besichtigung des Neubaus der Strabburger Volksdruckerei statt. Auch an dieser Stelle sei der Geschäftsleitung für ihr Entgegenkommen gedankt. Abends fand im Vereinslokale eine gemütliche Unterhaltung statt, welche die Kollegen und ihre Gäste noch lange zusammenhielt.

Stuttgart. Am 2. Mai feierte, wie bereits mitgeteilt, der in weiten Kollegenkreisen bestens bekannte Geschäftsführer der Diehlerschen Druckerei, Herr A. Kirchhoff, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Da der Jubilar jede größere Feier abgelehnt hatte, ließ es sich der Vorstand des Graphischen Klubs Stuttgart nicht nehmen, seinem Ehrenvorsitzenden eine engere Feier zu veranstalten. Sie fand an einem der schönsten Punkte der schwäbischen Residenz, auf der Höhe des Halenberges, im Restaurant „Wochenlohn“ statt und nahm einen überaus herzlichen Verlauf. In verschiedenen Ansprachen wurden die Verdienste des Jubilars um die graphischen Gewerbe und die Kollegenchaft gewürdigt. Kollege Kirchhoff hat auch stets in gewerkschaftlicher Hinsicht seinen Mann gestanden, denn sofort nach Beendigung seiner Lehre im April 1869 trat er dem Verbands bei und bekleidete hier in Stuttgart verschiedentlich wichtige Ämter. Glückwünsche von nah und fern zeugten von der Beliebtheit des Jubilars; u. a. beglückwünschten ihn der Chef der Firma Dieß, Reichstagsabgeordneter S. Dieß, von Berlin aus, ferner von bekannten Fachleuten der Verleger der „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, H. Müller (St. Gallen), Fr. Bauer (Hamburg), Th. Göbel (Stuttgart), Kommerzienrat Kraus (Stuttgart) namens der Stuttgarter Fachschule, Kommerzienrat S. Förster (Zwickau) u. v. a. Auch der Vorstand des Verbandes der Typographischen Gesellschaften hatte seinen Glückwunsch gesandt, und wir wollen hoffen, daß die darin ausgesprochene Hoffnung, Kollegen Kirchhoff noch recht lange mit tätig zu sehen, in Erfüllung gehe. (Diesem Wünsche schließen wir uns gern und aus Überzeugung an. Red.)

○○○○○○○○ Rundschau ○○○○○○○○

Ferien! Die Buchdruckerei „Landsberger Nachrichten“ in Landsberg a. Lech bewilligte ihrem Personale drei freie Tage ohne Streik.

Zuschüsse zum Besuch der graphischen Westausstellung. Auf ein entsprechendes Gesuch der Graphischen Vereinigung in Pirna beschloß die dortige Amtshauptmannschaft aus der Gemeinnützigen Bezirkskassierung der Vereinigung die Summe von 400 Mk. als Beihilfe zum Besuch der graphischen Westausstellung zu gewähren. Durch diese wertvolle Unterstützung ist es möglich gemacht, daß alle Mitglieder der Graphischen Vereinigung in Pirna die Ausstellung besuchen können. Ferner bewilligte die Handelskammer Saarbrücken dem dortigen Bezirksverein unlers Verbandes zu dem gleichen Zweck einen Zuschuß von 200 Mk. für mindestens 10 Teilnehmer sowie dem Trierer Sektorenverein 100 Mk. für mindestens 5 Teil-

nehmer. In die Bewilligung ist die Bedingung geknüpft, daß die beiden Korporationen sich über den Besuch der Ausstellung durch je einen Bericht ausweisen, aus dem u. a. die Namen der an der Besichtigung beteiligten Mitglieder ersichtlich sein müssen. — In Berlin gewährt die Buchdruckerei G. Eichler ihrem gesamten Personal zum Besuche der graphischen Westausstellung außer der sonst üblichen Woche Ferien noch je 15 Mk. Reisezulub.

Meißeprüfung. Die Kollegen Gustav Bach in Strabburg und Immanuel Böttcher in Zabern legten die Meißeprüfung ab.

Ludwig Schröder †. Vor einigen Tagen starb der älteste und populärste Führer der deutschen Bergarbeiter, Ludwig Schröder. Kurze Zeit nach der 25. Wiederkehr des Tages, an dem der „Kaiserbelegierte“ Ludwig Schröder durch seine Unterredung mit Wilhelm II. zu einer weltbekannten Persönlichkeit wurde, ist „der alte Lub“, wie er von seinen Freunden genannt wurde, aus einem kämpferischen und leidensreichen Leben geschieden. Er hat ein Alter von 66 Jahren erreicht. Geboren in Bradwede bei Bielefeld in Westfalen, erlernte er dort das Schuhmacherhandwerk, ging als „Jünger“ Geselle auf die Wanderschaft und blieb schließlich, durch verwandtschaftliche Bande veranlaßt, in Dortmund, „hängen“, wo er sich, weil unbemittelt zur Einrichtung einer eigenen Werkstat, der Bergarbeit zuwandte. Nach einigen Jahren hatte er sich das Vertrauen seiner Kameraden so erworben, daß er ihr Vorkämpfer und Leiter des bedeutendsten lokalen Knappenvereins in Dortmund war. Schröder erwarb sich tüchtige bergmännische Kenntnisse, was ihm bei seinem Eintreten für die Bergarbeiterrechte sehr zustatten kam. Bei den Kämpfen der Ruhrgeleute gegen ihre Deklassierung stand Schröder schon vor fast 40 Jahren in den vordersten Reihen. Bei den Streiks 1876 und 1877 im Dortmund Revier gehörte er zu den einflussreichsten Arbeiterführern. Mit seinen Kameraden Fritz Bente und August Siegel wurde Schröder zum Kaiser gesandt und von diesem in der historisch gewordenen Audienz am 14. Mai 1889 empfangen. Hier erluchte Schröder den Monarchen um Eintreten für die Wiedereinführung der Achtstundenschicht. Indessen lehnten die Grubenbesitzer ihren gegenseitigen Willen durch. Auch wurde Schröder in die Leitung des 1889 gegründeten Verbandes der Bergleute Deutschlands gewählt. Als kein Vorkämpfer erduldele der Verlorbene alle Schicksale dieser viel verfolgten Gewerkschaft. Den bittersten Leidenskelch mußte er nehmen, als er und noch sechs Kameraden 1895 auf das Zeugnis des Gendarm Münter wegen „Meineids“ zu 2 1/2 Jahre Zuchthaus verurteilt wurde. Erst 1911 erfolgte in dem Wieder- aufnahmeverfahren die glänzende Rehabilitierung der „Meineidigen“. Aber diese Leidenszeit hatte den Körper und Geist der „Zuchthäuser“ Schröder und seines Leidensgefährten Meyer derart zerrüttet, daß Meyer schon früher, Schröder 1911 körperlich gänzlich zusammenbrach. Er erlitt, mitten in der Organisationsarbeit, auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes einen Schlaganfall, der sich wiederholte. Er wurde schließlich ganz gelähmt und lag nun völlig hilflos auf dem Strohacker. Aus diesem Zustand hat jetzt der mitleidige Tod den alten Kämpfer erlöst. Mit ihm schied eine Persönlichkeit dahin, deren Andenken unflöschlich mit der Geschichte der deutschen Bergarbeiterkämpfe verknüpft ist und deshalb auch in den Annalen der gesamten deutschen Arbeiter einen Ehrenplatz verdient.

Die „unpolitischen“ christlichen Gewerkschaften. In voriger Nummer haben wir eine kleine Blütenlese von der Politik der christlichen Gewerkschaftsführer gegeben. Heute sind wir in der Lage, auch von der „Politik“ der christlichen Gewerkschaften einige hübsche Proben in die wohlverdiente Beleuchtung zu rücken, und zwar auch deshalb, weil eine kürzlich in der Zentrumspreffe erschienene Korrespondenz sich gegen die Behauptung wehrte, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die freien Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden müßten, da auch sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen. „Die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich nur mit sozialpolitischen Dingen; sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegensetzen“, so hieß es in dieser Korrespondenz. Die Abwehrstellung, in die die freien Gewerkschaften bei der jetzigen Polizeiverfolgung gedrängt werden, und die offene und versteckte Schadenfreude, die die Christlichen darüber bekunden, freiben dazu, diese Behauptungen der christlichen Gewerkschaften doch einmal etwas näher auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. In fernem Gewerkschaften ist nämlich schon die Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen als politische Tätigkeit angerechnet worden. Alles das aber, was den freien Gewerkschaften in dieser Beziehung schon als Merkmal ihres politischen Charakters angekreidet worden ist, besitzen die christlichen Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichstag und an die Landtage, stellen Anträge zu Gesetzesentwürfen und nehmen in Petitionen zu sozial- und berufs-politischen Fragen Stellung. Was geschah bisher auf fast allen christlichen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen. Als Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unrer Polizei und Justiz aber auch deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die christlichen Gewerkschaften keine Ausnahme. Im Jahre 1908 war eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich. Giesberts hielt dort einen Vortrag über: „Die Notwendigkeit, mit den Arbeitshollegen der andern Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß, um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, gegenseitige Unterstützung bei Wohnkämpfen, sondern noch mehr, um voneinander zu lernen.“ Seither finden diese internationalen Konferenzen regelmäßig statt.

Seit dem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes Internationales Sekretariat errichtet mit Siegerwald (Köln) an der Spitze. Nun bestreben die christlichen Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwande, sie hätten ein „Politik im engern Sinne“ gar nichts zu tun. Nur das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beteiligen sich aber die christlichen Gewerkschaften sehr stark am politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, ist bei den zahlreichen vorliegenden Beweisen völlig zwecklos. Die Christlichen werden einfach von der Zentrumsparlei für sich reklamiert und süßen sich dem. Einige Beispiele: Die „Erierrische Landeszeitung“ berichte in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrumsparleiklubs für den Regierungsbezirk Erierr: „Justizrat Ermborn erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glauben, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stehen aufeinander und führten einen Krach herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir mühen Heils festhalten, daß beide Richtungen (Kölner und Berliner) dem Zentrum dienen wollten. Daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“ In Godesberg a. Rh. hat am 29. April 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der „Germania“ Nr. 147 hat der Zentrumsführer u. a. ausgeführt: „Sch bin nicht pessimistisch, aber soll der Ausgang der Wahlen unsern Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. In unsre Vereine voran: Volksvereine und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Ausrichtung in der Sozialpolitik unsre Wahlvereine und unser Windhorst-Bund in der Agitation, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in allfälligen Anproben unserer Presse.“ Das „Düsseldorfer Tageblatt“, eine Zentrumszeitung, wurde von freikorpsartigen Arbeitern aus Hildern wegen Beilegung verlagert. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgerichte Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen, und zwar wegen Subtilität des § 193 für den Zentrumsredakteur. Ertrickend wirkt die Unbefangenheit, mit der die Düsseldorf Richter die enge Verbindung zwischen Zentrumsparlei und christlicher Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschlusse: „Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitet. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumsparlei mußte der Beschlusse die als Redakteur eines Zentrumsblattes dieser Zuschrift Aufnahme gewähren. Sollen die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrumsparlei verloren. Der Beschlusse, als Redakteur eines Zentrumsblattes und als Anhänger der Zentrumsparlei, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.“ So scharf umrissen hat noch kein Gericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgelegt, wie es hier dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Gewerkschaftskartelle der Unternehmer. Nach dem Muster der örtlichen Gewerkschaftskartelle der Arbeiter schließen sich neuerdings auch die Unternehmervereine zusammen. Unter Führung des Geschäftsführers des Nürnberg-Gürtler Arbeitgeberkartells, Dr. Zahnbrücker, sind schon in etwa 20 banrindigen Städten diesbezügliche Verhandlungen in Gang gekommen. Und der Bayerische Industriellenverband hat den Beitritt seiner Ortsgruppen zu diesen Unternehmer-Gewerkschaftskartellen als wünschenswert bezeichnet, und zwar in der Hoffnung, dadurch die Arbeiter vor leichtfertigen Streiks abzuschrecken. Die Beiträge für diese örtlichen Unternehmerkartelle werden auf 20—30 Pf. pro Arbeiter und Jahr festgelegt.

Unternehmerterrorismus. Daß die Unternehmer, die den Schutz der Arbeitswilligen oder der freiwilligen Arbeit auf ihre Fahne geschrieben haben und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln dieses Ziel zu erreichen suchen, in Wirklichkeit mit ihren ganzen Preisabmachungen und sonstigen Organisationsbestrebungen nichts anderes tun als die Arbeiter, die für ihre Arbeitskraft eine auskömmliche Entlohnung erstreben und bei Verfolgung dieses Ziels Streikbrecher oder andre Querkreiber unschädlich zu machen suchen, beweist wieder einmal drastisch das Vorgehen einer Köfener Zwangsinnung. Weil nämlich in Köfen ein Dachdeckermeister im Verlauf einer Lokalarbeiterbewegung entgegen dem Willen der Dachdecker- und Bauhelfermeisterinnung die Forderungen der Gehilfen bewilligte, setzte die Innung alle Hebel in Bewegung, um den betreffenden Meister durch Sperrung seiner hauptsächlichsten Bezugswellen die Fortleitung seines Gewerbes unmöglich zu machen. Und dieser Streich ist den Herren von der Innung auch gelungen. Sie erreichten es, daß der betreffende Meister seine Arbeiten zur Werkbundausstellung nicht weiterführen konnte. Das hindert aber die Herren nicht, sofort nach der Polizei und dem Staatsanwalte zu rufen, wenn ein Streikposten der Arbeiter den Versuch riskiert, einen Arbeitswilligen an die Pflicht der Solidarität zu erinnern und zur Aufgabe seines verräterischen und verwerflichen Egoismus anzuhalten.

Von den Tarifverträgen im Baugewerbe. Aber die Verabschiedung der Tarifverträge im Baugewerbe und die Tätigkeit des Haupttarifamts wird berichtet, daß am 29. und 30. April wiederum 36 Tarifverträge von den Zentralinstanzen unterzeichnet worden sind. Darunter befinden sich aus Ostpreußen die Verträge für Angerburg. (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 60 — Leipzig, den 26. Mai 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Anslerburg und Memel-Hendenburg; aus Schließen der Verträge für Münsterburg und aus Schleswig-Holstein der für Duenstedt-Blensfeld. Die Provinz Hannover ist mit den Verträgen für Hildesheim, Osnabrück und Sarstedt und das Königreich Sachsen sowie Thüringen mit den Orten Brandis, Eisenberg, Greiz, Meissen, Neustadt-Orla und Weida befreit. Für die Provinz Sachsen kommen in Betracht Bitterfeld, Eisenburg, Halle a. S., Quedlinburg, Seehausen, Stendal und Zabna. Für die Pfalz sind die Verträge für die Orte Bergzabern, Bad Dürkheim, Edenkoben, Germersheim, Homburg, Kaiserslautern, Landau, Neustadt a. d. S., Pirmasens, Speyer, St. Ingbert und Zweibrücken, für Nord- und Südbaden Bad Mülling und Weisenburg sowie für Baden der Vertrag für Weinheim verabschiedet. In der letzten Sitzung des Hauptparlamentarismus, die vom 5. bis 7. Mai stattgefunden hat, ist infolge der nicht vollzähligen Beteiligung, die durch die Erkrankung eines Unparteiischen hervorgerufen wurde, der größte Teil von den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen unerledigt geblieben. Es sind nur kleine Sachen verhandelt worden. Vor allem sind die Anträge, die auf eine grundsätzliche Entscheidung abzielen, zurückgestellt worden. Auch die Fertigstellung der Tarifverträge, die von den Zentralorganisationen in denjenigen Fällen beantragt worden war, in denen nach der gefassten Fiktion die Verträge örtlich nicht zustande gekommen sind, ist vorläufig unterblieben. Wie bereits früher mitgeteilt worden ist, kommen dafür in der Kaufsache das rheinisch-westfälische Gebiet und Thüringen mit über 500 Orten in Betracht. Als einzige Entscheidung von einiger allgemeiner Bedeutung ist diesmal zu nennen: die einmalige Erledigung des Lohnes für Einschaler im Betonbaugewerbe. Die Verträge der Unternehmer, durch Beschäftigung von Hilfsarbeitern bei dieser Arbeit den Lohn der Einschaler auf den Hilfsarbeiterlohn herabzusetzen, sind mißglückt. Das Hauptparlament hat entschieden, daß für alle, außer den im Verträge für Hilfsarbeiter vorgesehenen und demzufolge mit dem Satze für Hilfsarbeiter zu entlohnenden Arbeitern, der Lohn der gelernten Arbeiter zu zahlen ist.

Umfang der Betriebsunfälle in den Vereinigten Staaten. Eine einheitliche Unfallstatistik gibt es in den Vereinigten Staaten noch nicht. Man ist in dieser Beziehung zunächst noch auf die Angaben einzelner Staaten sowie der Versicherungsgesellschaften angewiesen. Danach hat man berechnet, daß sich alljährlich rund 25 000 tödliche sowie 1 042 000 andre Unfälle ereignen. In Wirklichkeit dürften diese Zahlen aber viel größer sein. Man hat festgestellt, daß 9 Proz. aller Todesfälle auf Unfälle oder Gewalt zurückzuführen sind. 20 Proz. der Todesfälle aller jungen Männer unter 25 Jahren sind auf gewerbliche Unfälle zurückzuführen. Allein im Bergbau verloren 29 293 Arbeiter ihr Leben in der Periode 1889—1908, d. i. 3,82 pro Tausend der Beschäftigten. 1911 allein wurden in Bergwerken und Steinbrüchen 3602 Arbeiter getötet und 63 000 verwundet. Auf den Eisenbahnen ist die Zahl der verunglückten Angestellten seit der Einführung der automatischen Kuppelung (1893) zurückgegangen, und zwar die Zahl der Getöteten von 2,9 pro Tausend auf 1 pro Tausend und Jahr, die Zahl der Verwundeten von 76 auf 16. Aber auch diese Zahlen sind noch erschreckend hoch. 1908 wurden 3405 Eisenbahnangestellte getötet und 82 487 verwundet. Dazu sind diese Zahlen noch unvollkommen, denn es ist sprichwörtlich, daß zahlreiche Unfälle nicht zur Anmeldung gelangen. Auf alle Fälle aber zeigen sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Forderung nach ausreichendem Arbeiterschutz sowie nach einheitlicher Arbeiterversicherung. Besonders der amerikanische Gewerkschaftsbund betreibt, sowohl durch sein sozialpolitisches Komitee in Washington wie auch durch lokale Körperkassen in den Hauptstädten der einzelnen Staaten, eine energische Agitation in diesem Sinne.

Arbeiterernährung und Teuerung. Wie wir einem Bericht der „Sozialen Praxis“ entnehmen, wurde in der zweiten badischen Kammer gelegentlich der Beratung des Etats des Gewerbeaufsichtsamts von dessen Direktor Oberregierungsrat Dr. Bittmann, den Mäßigkeitsbestrebungen der Arbeiterschaft die Anerkennung gewollt, daß sie zu guten, ja glänzenden Ergebnissen geführt hätten. Aber anders als die sehr erfreuliche Einschränkung des Genusses alkoholischer Getränke müsse die Verminderung des Fleischgenusses beurteilt werden. Genauere Untersuchungen in 25 Arbeiterfamilien hätten ergeben, daß nur 25 kg Fleisch einschließlich Wurstwaren für den Kopf im Jahre 1912 in Baden verbraucht worden seien, gegen das doppelte Quantum im Reichsdurchschnitt. Für den gewerblichen Arbeiter aber, von dem festige, gleichmäßige Leistungen verlangt würden, sei ein mäßiger Fleischgenuss notwendig, ein Ersatz durch rein vegetabilische Kost nicht möglich. In einer zweiten Sitzung führte Dr. Bittmann dann weiter aus, seine sorgfältigen Ermittlungen hätten ergeben, daß die Kosten des Existenzminimums beim Säugling jährlich 80 Mk. betragen, beim 10jährigen Kind 160 Mk., bei der Mutter 240 Mk. und beim Vater 280 Mk. Die Teuerung der letzten Jahre hätte dazu geführt, daß eine kinderlose Familie mit 1040 Mk. Jahreseinkommen wirtschaftlich gleichgütig sei einer Familie mit einem Kind und 1200 Mk. Einkommen oder einer

Familie mit zwei Kindern und 1492 Mk. oder mit drei Kindern und 1632 Mk. oder mit 4 Kindern und 1900 Mk. usw. Bei Annahme der Kosten für die Ernährung mit 50 Proz. des Gesamteinkommens stehe eine Familie mit 1500—1700 Mk. bei dem zweiten Kinde schon an der Grenze des Existenzminimums. Wörtlich führte Dr. Bittmann bei dieser Darstellung noch aus: „Für 14 Familien war ich in der Lage ausrechnen zu können, wie stark die Teuerung auf sie einwirkt. Das Ergebnis war, daß die Wirkung der Teuerung soviel beträgt, wie wenn diese Familien insgesamt 18 Kinder mehr hätten. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß der beklagenswerte Rückgang der Geburtenziffer in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den teuren Zeiten steht und stehen hat — wobei ich nicht sagen will, daß nicht auch andere Gründe noch mitsprechen.“ In der badischen ersten Kammer wurden späterhin die Angaben Dr. Bittmanns bemängelt, was ja diesen reichen Herren, die niemals in ihrem Leben kennen lernten, wie eine Arbeiterfamilie zu kämpfen hat, sehr leicht möglich ist, weil ihnen jede Sachkenntnis abgeht. Dreißig Kassen je daher auch die Behauptung auf, die Löhne seien mehr als die Kosten des Lebensunterhalts gestiegen. Erfreulicherweise trat aber der Minister des Innern auf die Seite Dr. Bittmanns und wider sprach einer Beanstandung der Angaben des badischen Fabrikinspektors.

Der Arbeitsmarkt im April 1914. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hat die Lage des gewerblichen Arbeitmarktes im April d. J. eine weitere leichtere Besserung aufzuweisen, die jedoch in der Hauptsache nur bei einigen Saisongewerben Platz gegriffen hat, während wichtigere andere Gewerbe keinerlei Belebung, zum Teil sogar einen Rückgang zu verzeichnen haben. Besonders die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden lauten weniger günstig als im vorigen Monat und allgemein ungünstiger als im April 1913. Auffallend oft wird über schlechte Preise und Mangel an Aufträgen geklagt. Der Ruhrkohlenmarkt zeigt ein etwas zufriedenerstellendes Bild, während in Ober- und Niederschlesien die Marktlage im Kohlenabfah weniger günstig blieb. Roheisen- und Stahlerzeugung erfuhren einen kleinen Rückgang, ebenso die Kalkindustrie; auch die Metall- und Maschinenindustrie hatten eine geringeren Beschäftigungsgrad und von der Zerkul-, Holz-, Nahrungs- und Genussmittellindustrie wird das gleiche berichtet. Im Baugewerbe ergab sich jedoch der Jahreszeit entsprechend ein kräftiger Aufschwung. Aber das Buchdruckergewerbe werden folgende Angaben gemacht: „Die Buchdruckereien Leipzigs hatten unzureichende Beschäftigung, die sogar schlechter als im Vormonat war. Von 358 beim Arbeitsnachweis angemeldeten Sehern erhielten 157 Beschäftigung, von 142 Druckern 59. Bezüglich der Abgereichten und Erkrankten blieben am Schluß des Monats 171 Seher und 73 Drucker arbeitslos gegen 117 Seher und 52 Drucker im Vormonat und 200 Seher und 76 Drucker im April des Vorjahres. Auch bei den Berliner Druckereien hat sich die Beschäftigung der Betriebe im Vergleich zum Vormonat etwas verringert, war aber noch besser als im April 1913. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegen den Vormonat erheblich vergrößert, im Durchschnitt betrug sie wöchentlich 525 (367 Seher und 158 Maschinenmeister) gegen 462 im Vormonat. Durch den gemeinsamen Arbeitsnachweis wurden wöchentlich durchschnittlich 66 Seher und 57 Maschinenmeister in Stellung gebracht, 26 Seher und 11 Maschinenmeister fanden im freien Verkehr Arbeit. Die Stuttgarter Druckereien waren gut beschäftigt, dagegen ist der Geschäftsgang in Frankfurt a. M. verhältnismäßig schwach. Das gleiche gilt von Dresden.“ Der Umfang der Arbeitslosigkeit im Gesamtbereich unres. Verbandes betrug 2,2 Proz., blieb also auf der gleichen Höhe wie im vorhergehenden Monate d. J. wie auch im März und April des Jahres 1913. Das diesbezügliche Ergebnis für alle in die Statistik mit einbezogenen deutschen Gewerkschaften (52 mit 2 305 000 Mitgliedern) war für den April d. J. 2,8 Proz. gegen 2,3 Proz. im April vorigen Jahres und 2,8 Proz. im März 1914. — Bei den Arbeitsnachweisen fielen auf je 100 offene Stellen 161 Arbeitsgesuche männlicher Personen gegen 173 im März d. J. und 160 im April 1913; bei den weiblichen Personen erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden von 92 auf 100 offene Stellen im März d. J. auf 94 gegen 96 im April 1913. — In den Frankenkassen erhöhte sich die Zahl der Versicherten im Laufe des April um 3,7 Proz., woran beide Geschlechter in gleichem Verhältnisse beteiligt waren.

verschiedene Eingänge.

„Dessers Geschäftshandbuch.“ (Die kaufmännische Praxis.) Herausgegeben unter Mitwirkung bewährter Fachleute. Verlag von Richard Dessler. Neuchâtel, verbesserte Auflage (166 bis 175 Tausend). Das Buch enthält Muster mit erläuternden Anmerkungen für alle im Geschäftsleben vorkommenden Briefe, Formulare, Eingaben und Verträge, ferner in klarer, leichtverständlicher Form vollständige Anleitung zur einfachen, doppelten und amerikanischen Buchführung, einschließlich des Abschlusses und mit Darstellung aller in Betracht kommenden Bücher, Unterweisung im kaufmännischen Rechnen und in der Handelskorrespondenz, statistische Tabellen, Erklärung kaufmännischer Fremdwörter,

Abkürzungen usw. Sodann gibt es ausführliche Auskünfte über den Verkehr mit der Bank, der Post, der Eisenbahn und dem Gericht, über das Handels- und Gewerberecht, das Mahn-, Klage- und Konkursverfahren, das Geld-, Börsen-, Wechsel-, Schechs-, Versicherungs-, Steuer-, Zoll- und Reklamewesen. Das Geschäftshandbuch ist 384 Seiten stark, schön gebunden und wird gegen Einzahlung von 3,20 Mk. oder unter Nachnahme von 3,40 Mk. franco geliefert von Richard Dessler, Verlag, Berlin SW 29, Belle-Alliance-Strasse 47.

„Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von F. S. W. Dieb Nachf. in Stuttgart. Heft 8. 32. Jahrgang. Zweiter Band. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

„Für Alle Welt.“ Illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XX. Jahrgang, Heft 21. Preis 40 Pf.

„In Freien Stunden.“ Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XVIII. Jahrgang, Heft 18. Preis pro Heft 10 Pf.

„Das Kapital.“ Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautsk. XLVIII und 768 Seiten. Preis broschiert 5,50 Mk., gebunden 6,50 Mk. Die Tatsache, daß die Marx'schen Werke vom 1. Januar 1914 an für den Nachdruck frei werden, ließ den Wunsch entstehen, das für die Arbeiterklasse nicht glatte Werk eines ihrer ersten Lehrmeister, den ersten Band des „Kapital“, dem Leser leichter zugänglich zu machen. Karl Kautsk folgt in dem Vorworte zu der nunmehr vorliegenden Volksausgabe, daß ihn der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie aufgefordert habe, eine populäre Ausgabe des „Kapital“ zu veranstalten, und fährt dann fort: „Mir erschien es als eine Pflicht der Partei gegenüber dem Manne, dem ich mehr als irgendjemandem andern an Erkenntnis verdanke, dieser Auforderung nachzukommen und damit meinen Anteil an der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses abzugeben.“ Außer der Beilegung einer Menge sinnvoller Druckfehler hat in der Volksausgabe noch eine Reihe handchriftlicher Änderungen und Zusätze, die von Marx und Engels in ihren Handexemplaren selbst gemacht und in den bisherigen Auflagen nicht berücksichtigt worden sind, Aufnahme finden können. Ebenso sind durch Zulassung der französischen Uebersetzung des „Kapital“ nicht unerhebliche Verbesserungen, die besonders der leichteren Verständlichkeit zugute kommen, vorgenommen worden. Ferner sind Fremdwörter und vor allem Anglizismen soweit als möglich verdeutlicht worden, ohne die Eigenart und Kraft der Marx'schen Sprache abzuhängen. Als eine sehr willkommene Beigabe der Volksausgabe des „Kapital“ wird sich das 68 Seiten umfassende Register erweisen, das insbesondere den Redakteuren der Arbeiterpresse sowie allen andern Praktikern der Arbeiterbewegung als ein Hilfsmittel in der aufreibenden Tagesarbeit dienen wird. Die Volksausgabe des „Kapital“ wird sich bei allen, die bereits eine frühere Auflage des Buches besitzen, als überaus nützlich erweisen. Sie sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

„Moderne Schriften.“ Fünfgaben Alphabete für Schilderhalter und kaufmännische Reklame. Von Georg Mohr. Verlag von Otto Maier in Ravensburg. Preis 2 Mk.

„Sozialistische Literatur.“ Verzeichnis der auf der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 zur Auslage kommenden sozialistischen Schriften.

Die „Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsanstalt in Hamburg, gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 Mk. abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 Mk. eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingeteilt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Proz. verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrates und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Überschuß nur den Versicherten zur Verfügung. Das Deutsche Reich, in allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonatliche Prämienzahlung von 30 Pf. an. Günstige Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen, bei Nichtweiterzahlen der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämiensfreie Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgezinsten Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angekauften und um 3 1/2 Proz. Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahre ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahre ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3 1/2 Proz. Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Lebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Lebensfall mit zehnjähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kindererbsicherung, verbunden mit Konsumations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Volkversicherung) mit zwangloser Prämienzahlung. Tarif VI: Rückversicherung mit fallender Versicherungssumme (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VII: Kinderparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Wunsch bereitwillig bei allen Rechnungsstellen, bei allen Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Postfach 40 Dresdener.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamlisplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Die auf die Reise gehenden Kollegen sind verpflichtet, sich vom Verwalter des paritätischen Arbeitsnachweises eine Reisekarte ausstellen zu lassen, mittels deren sie sich als tariftreue Gehilfen ausweisen und auf allen Arbeitsnachweisen eintragen lassen können, um ihnen so die Beschäftigungsmöglichkeit zu erleichtern (siehe § 17 der Bestimmungen für die Arbeitsnachweise, Deutscher Buchdrucker-Farist. S. 99). Leider findet diese Bestimmung nicht die genügende Beachtung, weshalb wir nochmals auf die im § 13 Absatz 5 der „Vorstandsbeschlüsse“ ausgesprochene Verpflichtung zur Beschaffung einer Reisekarte aufmerksam machen, deren Nichtbefolgung den Entzug der Reise- und Ortsunterstützung nach sich ziehen kann. Mitglieder, die sich bereits auf der Reise befinden und nicht im Besitz einer Reisekarte sind, wollen sich daher unverzüglich behufs Ausstellung einer solchen an den Verwalter des Arbeitsnachweises wenden, in dessen Bezirke sie arbeitslos wurden. Die Adresse dieses Tariffunktionärs ist aus dem vom Tarifamt herausgegebenen Verzeichnis der tariffreien Druckereien zu ersehen, das im Besitz eines jeden Funktionärs sich befindet.

Die Reisekassenverwalter werden gebeten, die Reisenden auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen, und auch darüber eine Kontrolle auszuüben, ob die Reisenden, besonders VIII, die sich schon längere Zeit auf der Reise

befinden, gemäß den Bestimmungen in § 19 der „Vorstandsbeschlüsse“ auf den Arbeitsnachweisen wegen eventueller Vermittlung einer Kondition angefragt haben. Ist dies nicht geschehen, so sind die Reisenden auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

Ergänzend sei bemerkt, daß die Ziffer 13 auf Seite 19 im „Ratgeber“ dahin erweitert werden wird, daß den Kollegen durch einen Arbeitsnachweis haben, die Reiseunterstützung bis zur Dauer von sieben Tagen am Orte gewährt werden kann, falls sie zur Ortsunterstützung nicht beugsberechtigt sind.
 Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Düsseldorf. Der Seher Karl Mannesmann, angeblich nach München abgereist, wird aufgefordert, unverzüglich seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die befestigte Adresse):
 Im Gau Bayern die Seher 1. Franz Nischelbauer, geb. in Mühlendorf 1888, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied; 2. Ernst Karch, geb. in Beutelsbach 1894, ausgl. in Schorndorf 1912; 4. Philipp Maute, geb. in Gundelfingen 1884, ausgl. in Dillingen 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Seib in München, Holzstraße 24 I.
 Im Gau Osterrland-Thüringen der Sieher Otto Schaffernicht, geb. in Wuchlaub b. Weibensfels 1879,

ausgl. in Leipzig 1897; war schon Mitglied. — Emil Prox in Weimar, Rassenstraße 44 III.

Im Gau Schleswig-Holstein: die Seher 1. Sied Biederstein, geb. in Brankfurt a. M. 1895, ausgl. in Burg a. G. 1913; war noch nicht Mitglied; 2. Ernst Splen, geb. in Kiel 1884, ausgl. das. 1904; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 III.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die verehrlichen Reisekassenverwalter werden ersucht, dem auf der Reise befindlichen Seher Erigoos Kristianen aus Kristiania (Hauptbuchnummer 61381) 116 Reisekassen mehr vorzutragen.

Breslau. Das Quittungsbuch des Druckers Fritz Rogal aus Breslau (Hauptbuchnummer 7338), ausgefertigt vom Gau Mecklenburg-Lübeck, wurde vom Inhaber ungebührlich auf der Reise verloren und wird hiermit für ungültig erklärt. Das neue Buch hat die Nummer Schellens 4972.

Freiburg i. Br. Auf der Tour Karlsruhe-Freiburg ging die Legitimation des Sehers Albert Förmann (Hauptbuchnummer 21680) verloren. Denselben wurde eine neue ausgefertigt mit der Bezeichnung „Duplikat“; die alte wird hiermit für ungültig erklärt.

Veranstaltungskalender.

Breslau. Versammlung Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im „Gemeinschaftshaus“.
 Leipzig. Generalversammlung und Galvanoplastikerverammlung Donnerstag, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Schloßheller“, Dresdner Straße.

Stereotypen und Galvanoplastiker

Sonntag, den 26. Juli, in Leipzig

Erster Sachientag

der der Zentralorganisation angeschlossenen Stereotypen und Galvanoplastiker Sachsens. Wir bitten alle Spartenkollegen von auswärts bei etwaigem Besuche der „Bugra“ darauf Bezug nehmen zu wollen. Näheres über Programm, Tagesordnung usw. werden wir zur gegebenen Zeit an gleicher Stelle erscheinen lassen. Zu regem Besuche ladet ein
 Die Vorstände des Leipziger und des Dresdner Vereins. [744

Konrad Eichlers Reisehandbuch

für die organisierten Buchdrucker Deutschlands
 Neubearbeitet und bedeutend erweitert von Karl Helmholz und Georg Löblich mit wertvollen Hinweisen über das Reisen im Ausland, einer vorzüglichen Karte von Deutschland und Ostpreußen VIII, 206 Seiten. Taschenformat. Preis 1,75. — Zu beziehen nur durch die Reisekassenverwalter und den Verlag
 Radelli & Hille, Leipzig, Salomonstraße 8

Tüchtiger Komplettgießer
 für Franchemachine, welcher auch an der Höhenfräsmaschine selbstständig arbeiten kann, sofort gesucht nach Leipzig. Gest. Angebote unter C. H. 745 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Seherstereotypen
 sucht bald Stellung. Offerten unter Nr. 754 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

H. MATHAEUS DESSAU
 Flößergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Bugra Leipzig 1914

 Im Zempel der Fachpresse u. im „Zunfthaus“ liegt auf
Korrespondent
 für Deutschlands Buchdrucker

67 Volksbademännern
 mit ganz kleinen Fehlern, die jedoch den Gebrauch nicht beeinträchtigen, anstatt 21 Mk. nur 13,50 Mk. franko. Keine Verpackungspesen. Größe 170 cm lang, 64 cm breit. Start verzinkt, mit besten Verbindungen geschweißt, darum unverwundlich. Garantie: Zurücknahme. Für sehr große Personen anstatt 24 Mk. nur 15,50 Mk. franko.
Bademännernfabrik Nürnberg
 Rothenburger Straße 39a.

Junger, humorv. Kollege (reife jed. Sommer) sucht radfahrenden Reisekameraden
 zweites Fahrt durch Frankreich, Belgien und Norddeutschland usw. Adresse oder Briefell Ende Juni. Bedingung gutes Rad sowie etwa 50 Mk. Bargeld. Briefe erbitten unter R. S. bei Traubert, Lengs, St. Gallen (Schweiz), Davidstraße 24 II.
 Idealmaßchen 0,5 Liter Glas 2 Mk., 3 St. 5,25 Mk., 5 St. 8,25 Mk. St. Franke, Leipzig, Bildstr. 21.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig

Restaurant Gutenberg

Telephon Nr. 3395 / Volksstämmliche Presse / Haupteingang (A) links Eingang B (Reichenhainer Straße), rechts, an der historischen Papiermühle
Täglich große Konzerte (ohne Eintrittsgeld)!
 Zum Auschanke gelangen die guten Riebediere. Lager a Glas 20 Pf. Bismarck und Bayerisch a Glas 25 Pf. Klasse 20 Pf. Reichhaltige Speisekarte!
 Stamm:

Sonntags: Bayerische Kalbsbraten . . . 1,00 Mk.	Donnerstags: Ungar. Goulash . . . 0,90 Mk.
Montags: Pöcherpöchen u. Kraut 0,90 Mk.	Freitags: Paprikaschisch . . . 0,90 Mk.
Mittwochs: Hammelkeule, Thür. Fleisch 0,90 Mk.	Sonntags: Schweinsknochen m. Fleisch und Meerrettich . . . 0,90 Mk.

Im Vergnügungspark, rechts an der Wasserrutschbahn:
„Zum Würzburger Hofbräu“ / Riesenfass!
 Urfidelle Schwammkonzerte / Schußplatter / Kein Eintrittsgeld!
 Spezialauschank der beliebten Thüringer-Hof-Biere!

Dankfagung!
 Für die herzliche Teilnahme und die Franzpende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unfres guten Vaters, Großvaters und Schwiegervaters, des Schriftsehers [751]
Hermann Benz
 sprechen wir dem Vereine der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer unsern innigsten Dank aus.
 Im Namen der Hinterbliebenen Frau Marie Benz.

Todesanzeige
 Am 20. Mai verstarb nach längerer, schwerer Krankheit unser wertes Mitglied, der Seher [747]
Peter Wigler
 aus Koblenz, im Alter von 63 Jahren. Sein Andenken wird in Ehren halten.
 Der Ortsverein Köln (V. d. B. B.).

Am 21. Mai verstarb plötzlich unser wertes Mitglied [753]
Robert Pessmann
 im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona.

Todesanzeige
 Am 20. Mai verstarb nach längerer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege [748]
Peter Wigler
 aus Koblenz, im Alter von 63 Jahren. Ehre seinem Andenken!
 Die Kollegen der „Athenischen Zeitung“, Köln.

Am Montag, den 18. Mai, verstarb in Ortschaft (Vorpommern) unser lieber Kollege [749]
Wilhelm Volkmann
 nach langem Leiden im 34. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Straußberg, den 21. Mai 1914.
 Die Kollegenschaft Straußberg.

Am Mittwoch, dem 20. Mai, verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher [748]
Peter Wigler
 aus Koblenz, im Alter von 63 Jahren. Ehre seinem Andenken!
 Die Kollegen der „Athenischen Zeitung“, Köln.

Am 14. Mai verschied plötzlich in Briege unser werter Bezirkskollege, der Maschinenmeister [746]
Paul Mücke
 Sein Andenken hält in Ehren Der Bezirk Heife.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“:
 für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen: **Willi Strahl**;
 für Rundschau, Volkswirtschaft und Literatur: **Ernst Scheller**;
 für Korrespondenzen, Ausland und Gewerblichkeitswesen: **Karl Helmholz**;
 für Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: **Georg Böblich**;
 sämtlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 14111) Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!

Graphische Vereinigung Dresden
 Freitag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße 23: Vortrag über: „Aus der täglichen Praxis“ (mit Ausstellung). — Anträge zum Vertreterwahl des Verbandes der Deutschen Topographischen Gesellschaften. (Etwasige Anträge können noch vor Beginn der Versammlung abgegeben werden). — Am recht zahlreichen Besuch wird gebeten. [752]